

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

StudentInnenparlament

Unter den Linden 6
10099 Berlin

Präsidium

Tel: +49-30-2093-2603 / -2614

Fax: +49-30-2093-2396



Berlin, den 16. April 2021

Das StudentInnenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin hat am 6. Mai 1999 folgende Resolution beschlossen:

Das StudentInnenparlament der Humboldt-Universität protestiert gegen den Krieg in Jugoslawien. Es muß Schluß sein mit der Verfolgung und Vertreibung der Menschen im Kosovo und es muß Schluß sein mit den Bombardierungen der NATO.

Für den Weltfrieden ist unter anderem die UNO zuständig, in jedem Fall nicht die NATO. Durch Selbstmandatierung der NATO wird die UNO ins Abseits gedrängt. Damit droht das Recht des Stärkeren zum Leitbild einer neuen Weltordnung werden.

Wir bejahen das Recht der kosovo-albanischen Bevölkerung auf größtmögliche Autonomie, auf ein Leben ohne Unterdrückung und Verfolgung. Das Stupa der HU fordert die serbische Bevölkerung auf, dafür Sorge zu tragen, daß in Jugoslawien Demokratie und Menschenrechte gewährleistet werden.

Der Krieg löst die Probleme nicht, er verschärft sie. Die Folgen sind mehr Haß, mehr Zerstörung, neue Vertreibung und Tod. Ein dauerhafter und gerechter Frieden kann nicht diktiert und nicht erbombt werden. Er verlangt Verhandlung, Dialog und Kompromißbereitschaft auf allen Seiten. Weder ein NATO-Protectorat noch ein Großalbanien können der Frieden in der Balkanregion sichern.

Das StudentInnenparlament der Humboldt-Universität fordert:

- **eine Einstellung der Kampfhandlungen im Kosovo, durch eine Beendigung der NATO-Bombardierung, dem Rückzug der serbischen Kampfeinheiten, eine Entwaffnung paramilitärischer serbischer Verbände und der UCK, sowie sofortigen Beginn von Verhandlungen über die Autonomie des Kosovo innerhalb der Bundesrepublik Jugoslawien,**
- **schnelle und umfangreiche Unterstützung für die Kriegsflüchtlinge innerhalb und außerhalb Jugoslawiens,**
- **Anerkennung von Desertation aus dem jugoslawischen Militär als Asylgrund in Deutschland, die Straffreiheit für kriegsdienstverweigernde Bundeswehrsoldaten.**